

Weil das Thema zeitgeschichtlich außerordentlich wichtig für die Fragestellung ist, zitieren wir den Text als PDF. Verweise und alle Kommentare der Leserschaft lesen Sie, wenn Sie [Epochtimesplus](#) testen/abonnieren. Wir empfehlen [Epochtimesplus](#) ausdrücklich.

POLITIK MIGRATIONSDEBATTE

Das sind die Regierungspläne für mehr Zuwanderung nach Deutschland

Deutschland soll noch mehr Menschen aus Afghanistan, Syrien, Usbekistan, Kirgisistan und vielen anderen Ländern aufnehmen. Joachim Stamp (FDP), der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, wünscht sich ein „positives Migrationsnarrativ“. Abschiebungen nach Syrien hält er für „undenkbar“.



Beratung für Migranten aus Syrien. Die SPD-Spitze wünscht sich noch mehr Zuwanderung für den Arbeitsmarkt. Symbolbild.

Foto: Sean Gallup/Getty Images

Von Patrick Reitler | 6. Juni 2024

Kurz nach dem Terroranschlag von Mannheim möchten hochrangige Vertreter der Kanzlerpartei SPD die Zuwanderung nach Deutschland noch intensivieren. Die Stichworte seien „Fachkräftemangel und Demographie“, wie sich Entwicklungshilfeministerin Svenja Schulze (SPD) am vergangenen Montag auf der SPD-Migrationskonferenz im Paul-Löbe-Haus in Berlin ausdrückte. Nach Informationen der „Welt“ forderte sie einen weiteren Zuzug aus Ländern wie Syrien oder Afghanistan.

Schulze: Menschlichkeit, Solidarität, Verantwortung

Die Entwicklungshilfeministerin sieht Deutschland offenbar primär in der Verantwortung, Menschen aus allen Teilen der Welt mehr Sicherheit zu bieten. Das sei „ein Gebot der Menschlichkeit“, sagte Schulze zu Beginn ihrer [Rede zum Konferenzzauftakt](#). Schon jetzt trügen die Länder des Globalen Südens „die größte Last bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen“. Ihr eigenes Ziel sei es, „dieses Ungleichgewicht zwischen Hauptaufnahmelandern im Globalen Süden und nördlichen Zielländern zu

verringern, anstatt es zusätzlich zu verstärken“. Dafür leiste die deutsche Entwicklungspolitik zu Recht einen wichtigen Beitrag:

”

Sich mit diesen Aufnahmeländern solidarisch zu zeigen und sie bei der Versorgung der Flüchtlinge zu unterstützen, das ist auch unsere Aufgabe in Europa und Deutschland.“



Entwicklungshilfeministerin Svenja Schulze. Foto: Michael Kappeler/dpa

Vorschlägen der Oppositionsparteien, nach denen Asylverfahren ähnlich wie im Fall von **Großbritannien und Ruanda** besser außerhalb Deutschlands in Drittstaaten abgewickelt werden sollten, erteilte Schulze eine Absage: Das Beispiel **Italien/Albanien** zeige, dass dies den Steuerzahler noch teurer kommen würde als der Status quo.

Es gebe auch keine Belege dafür, dass sich mit einer Drittstaatenlösung weniger Flüchtlinge auf den Weg nach Europa machen würden, erklärte die Sozialdemokratin. Zudem bestünden Bedenken rechtlicher Natur. Die Aspekte Abschiebung illegaler Einwanderer, Islamismus oder Wohnraummangel tauchten in ihrem Vortrag nicht auf.

Lesen Sie auch

CDU bringt Senegal und Ghana für Drittstaatenlösung ins Gespräch



Scholz: „Deutschland braucht dringend weitere Zuwanderer“



„Partnerschaftliche Migrationsabkommen zur Fachkräfte-Anwerbung

Damit auch der deutsche Arbeitsmarkt von Migranten profitieren könne, seien darüber hinaus „gute, partnerschaftliche Migrationsabkommen“ nötig, mahnte Schulze:

”

Abkommen, bei denen es eben nicht nur darum geht, das Partnerland zur Aufnahme von Ausreisepflichtigen zu bewegen, sondern mit denen wir unseren Partnerländern echte Angebote zum Beispiel bei der Arbeitsmigration machen.“

Hier stünden auch die deutschen Arbeitgeber in der Pflicht: „Entscheidend ist vor allen Dingen das Engagement der deutschen Wirtschaft. Denn Unternehmen sind es, die Fachkräfte brauchen. Und diese Unternehmen müssen sich beteiligen, wenn sie ihr Personalproblem in den Griff kriegen wollen“, so Schulze. Ihr Ministerium bringe dazu eine „neue Fachkräfte-Allianz mit der Wirtschaft“ auf den Weg, die den Zuzug nach Deutschland ausbauen und die Ausbildung schon in den Herkunftsländern mitfinanzieren solle. Dabei seien Gelder beispielsweise von Unternehmen, Handelskammern, Verbänden und Gewerkschaften gefragt.

Die „Zentren für Migration und Entwicklung“, die die Bundesrepublik derzeit in neun „Partnerländern“ unterhalte, würden schon jetzt „für den deutschen Arbeitsmarkt und auch für deutsche Unternehmen“ werben, betonte Schulze.

Migrationsagenda der Vereinten Nationen

Darüber hinaus liege die Aufgabe der Politik ihrer Ansicht nach auch darin, die nationalen Asylsysteme in Erstaufnahmeländern zu stärken, weitere reguläre und sichere Flucht- und Migrationswege und mehr Resettlement-Programme in Drittstaaten zu etablieren. Unter letztem Punkt versteht die UN die **Neuansiedlung von Flüchtlingen** in einem sicheren Drittland. Außerdem solle man sich für „**Safe Mobility Offices**“-Lösungen nach dem Vorbild der USA, Kanadas und Spanien öffnen. Damit sind regionale Bearbeitungszentren gemeint, in denen angehende Einwanderer, Zeitarbeiter und Flüchtlinge kostenlose Unterstützung bekommen, um einen legalen Weg in Aufnahmeländer zu finden.

Diese Praxis sieht Oriel Ortega, der ehemalige Direktor des Grenzschutzes SENAFRONT in Panama kritisch. Aktuell ist er Sicherheits- und Verteidigungsberater von Panamas Präsidenten Laurentino Cortizo. Ortega erhebt schwere Vorwürfe gegen die Vereinten Nationen, **wie die Epoch Times berichtet.**

Lesen Sie auch

Panamas Ex-Grenzschutzchef: Die UNO steckt hinter dem Chaos an der US-Grenze zu Mexiko





„Positives Migrationsnarrativ“ etablieren

Ähnlich wie Entwicklungshilfeministerin Schulze möchte auch Joachim Stamp (FDP), seit dem 1. Februar 2023 Sonderbevollmächtigter der Bundesregierung für Migrationsabkommen, der „angespannten Debatte“ ein „positives Migrationsnarrativ“ entgegensetzen. Das sagte Stamp nach Informationen der „[Jungen Freiheit](#)“ während der SPD-Migrationskonferenz.

Er selbst bemühe sich derzeit, speziell Menschen aus Usbekistan und Kirgisistan nach Deutschland zu holen. Laut [Wikipedia](#) lebten in Usbekistan im Jahr 2020 knapp 95 Prozent Muslime, in Kirgisistan mehr als 87 Prozent. Stamp sieht trotzdem kein Problem: „Diese Länder haben einen großen Überschuss an jungen Menschen, da nehmen wir niemandem etwas weg.“

Lesen Sie auch

Migrationspartnerschaften mit Kenia und Usbekistan kommen



Im Falle des hauptsächlich christlich-orthodoxen Moldaus sei das etwas anderes, denn das Land leide schon jetzt unter Abwanderung seiner eigenen Fachkräfte, so Stamp nach Angaben der „Welt“. Deshalb kämen höchstens „Saisonarbeitskräfte“ für Deutschland infrage.

Zuletzt habe er sich um „Migrationspartnerschaften“ mit Ländern wie Kenia, den Philippinen, Ghana und Kolumbien gekümmert, so Stamp laut „Welt“. Mit Marokko arbeite er bereits gut zusammen. Über seine Verhandlungen mit anderen künftigen „Partnerländern“ wolle er aus Vertraulichkeitsgründen nichts sagen. Man habe ihm mancherorts signalisiert, dass ansonsten die Zusammenarbeit sofort ein Ende finden würde.

Nach Syrien abschieben? Für Stamp derzeit „undenkbar“

Stamp habe die Idee, straffällig gewordene syrische Flüchtlinge in ihre Heimat abzuschicken, als „im Augenblick undenkbar“ abgelehnt. Immerhin herrsche dort der „Schlächter“ Assad. „Kein Verwaltungsgericht würde dies akzeptieren“, zitiert die „Welt“ den Sonderbevollmächtigten. Das Thema Afghanistan habe Stamp gar nicht erst angeschnitten.

Während der Konferenz waren laut „Welt“ Trommeln von Demonstranten im Konferenzsaal zu hören gewesen, die gegen den weiteren Zustrom aus islamischen Ländern protestiert hatten. Mahmut Özdemir, der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium (BMI) und

anstelle seiner Chefin Nancy Faeser (SPD) im Paul-Löbe-Haus, habe die Demonstranten als „rechte Pöbler“ bezeichnet.



Momentan verzeichnet Deutschland einen großen Zustrom von Migranten, die hauptsächlich aus Syrien, Afghanistan und der Türkei stammen (Symbolbild) .Foto: Sean Gallup/Getty Images

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich habe vor einer „Instrumentalisierung“ der „kriminellen Gewalt“ von Mannheim gewarnt: Wer das tue, dem müsse man mit „Abscheu“ begegnen, so Mützenich. Deutschland dürfe „nicht gespalten“ werden. Ähnlich habe sich Sebastian Hartmann, der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, ausgedrückt.

Faeser selbst hatte nach Angaben des „Tagesspiegel“ gegenüber dem „Handelsblatt“ (Bezahlshranke) bestätigt, dass es demnächst weitere Migrationsabkommen mit Moldau und Kenia geben werde. Auch für Usbekistan sei sie zuversichtlich. „Mit Migrationsabkommen eröffnen wir Chancen für gut qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte. Und wir reduzieren irreguläre Migration durch eine bessere Kooperation bei der Rückführung von Menschen, die nicht in Deutschland bleiben dürfen“, so Faeser.

Insgesamt habe die Ampelregierung „in den vergangenen zwei Jahren mehr erreicht als die Union in den 16 Jahren zuvor – und das mit humanitärer Verantwortung und ohne Ressentiments“.

Lesen Sie auch

Anonymer Verfassungsschützer: „Politiker haben Beißhemmung bei islamistischen Verfassungsfeinden“



AfD will Rückführungsabkommen mit Afghanistan

Alice Weidel und Tino Chrupalla, die beiden Bundessprecher der AfD, hatten

bereits am Tag vor der SPD-Migrationskonferenz erneut „sichere Grenzen und die Festung Europa“ gefordert. Vor dem Hintergrund des Messer-Attentats von Mannheim müsse die Zuwanderung aus Afghanistan beendet und stattdessen mit der Rückführung begonnen werden.

„Um diese Anstrengung zu ermöglichen, muss die Bundesregierung endlich in diplomatischen Austausch mit der afghanischen Regierung treten“, verlangte die AfD-Bundesspitze in einer [Pressemitteilung](#).

Nach Informationen des [Mediendienstes Integration](#) müssen Afghanen seit August 2021 keinerlei Abschiebungen in ihre Heimat mehr befürchten, da diese damals bis auf Weiteres „ausgesetzt“ worden war.



Bei einer Kundgebung unter dem Motto „Mannheim hält zusammen“ auf dem Mannheimer Marktplatz wurden Blumen an dem Tatort niedergelegt, an dem am Freitag bei einer Messerattacke ein Polizist getötet wurde. Foto: Uli Deck/dpa

CDU verlangt „Aktionsplan Politischer Islam“

Auch CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann setzte sich zuletzt für eine härtere Gangart gegen islamistisch motivierte Straftäter ein. Im Rahmen eines neuen Aktionsplans zum politischen Islam seien „islamistische Organisationen“ zu verbieten und Forderungen nach einem Kalifat strafrechtlich zu verfolgen. „Wer öffentlich zur Abschaffung unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung aufruft und einen Doppelpass hat, der muss die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren“, verlangte Linnemann einer aktuellen [CDU-Pressemitteilung](#) zufolge. Das gelte auch für Afghanistan. Das Beispiel der schwedischen Abschiebep Praxis beweise, dass so etwas möglich sei.

BMI-Chefin Faeser unterschätze das Problem „systematisch“, hieß es in einem Gastkommentar Linnemanns für die „Welt“. Und weiter:

”

Beim Islamismus wurde viel zu lange weggeschaut. Jetzt muss endlich gehandelt werden. Die Menschen haben die Betroffenheitsrhetorik der Politiker satt, sie erwarten konkrete Maßnahmen.“

Alexander Throm, der innenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, hatte die Ampel-Migrationspolitik laut „Tagesspiegel“ ebenfalls vor Kurzem kritisiert: „Die Migrationsabkommen selbst reduzieren weder die irreguläre Migration noch zeigen sie bislang irgendwelche greifbaren Effekte bei den Abschiebungen.“ Lediglich in den Fällen von Georgien und Moldau sei ein Fortschritt spürbar. Doch deren Einstufung als sichere Herkunftsländer sei schließlich „auf Druck der Union“ erfolgt.

Die Öffnung der deutschen Grenzen ohne Ausrufung einer Obergrenze für Migranten war im Jahr 2015 durch die damalige CDU-Kanzlerin Angela Merkel angeordnet worden.

 **Dieser Artikel hat mir besonders gefallen!**

Lesen Sie auch

Mannheim-Attentäter seit einem Jahr radikalisiert – Polizeigewerkschaft fordert Schutzprogramm



BMI: Messerverbote bleiben vorerst konstant – Sicherheitsfokus auf Fußball-EM



Nach tödlichem Messerangriff auf Polizisten: Trauer und Wut unter Kollegen



EPOCH TV



Wie geheime Rating-Agenturen die Werbung in den Medien kontrollieren: Freddie Sayers



Zwischenbericht im Corona-Untersuchungsausschuss – Lars Hünich: „Politische Pandemie untersucht“



Tiananmen-Gedenken in Berlin: „Die Kommunistische Partei Chinas will diese Geschichte begraben“

EPOCH VITAL





Vorabveröffentlichung:
Myokarditis und Perikarditis
bei Jugendlichen nur nach
COVID-19-Impfung



Blumenkohl: Kulinarischer
Klassiker mit gesundem
Mehrwert



Fünf Tipps zum Umgang mit
Autoimmunerkrankungen

Kommentare

Liebe Leser,

vielen Dank, dass Sie unseren Kommentar-Bereich nutzen.

Bitte verzichten Sie auf Unterstellungen, Schimpfworte, aggressive Formulierungen und Werbe-Links. Solche Kommentare werden wir nicht veröffentlichen. Dies umfasst ebenso abschweifende Kommentare, die keinen konkreten Bezug zum jeweiligen Artikel haben. Viele Kommentare waren bisher schon anregend und auf die Themen bezogen. Wir bitten Sie um eine Qualität, die den Artikeln entspricht, so haben wir alle etwas davon.

Da wir die Verantwortung für jeden veröffentlichten Kommentar tragen, geben wir Kommentare erst nach einer Prüfung frei. Je nach Aufkommen kann es deswegen zu zeitlichen Verzögerungen kommen.

Ihre Epoch Times - Redaktion

Bitte anmelden, um zu kommentieren

Login

Passwort vergessen?

>>> Hier klicken, um ein Konto zu öffnen. <<<

Kommentare nach Zeit sortiert anzeigen

Alberich ([1171.710.1016](#)) - vor 1 Tag

Joachim Stamp (FDP), wünscht sich ein „positives Migrationsnarrativ“

Europawahl, FDP 5%. Was 95% der Wähler nicht gewählt haben sollte man kein Gehör schenken und auch keinen öffentlichen Raum bieten.

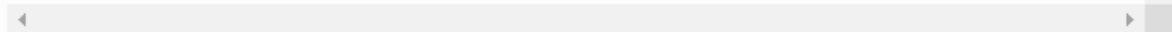
👍 1 | 0 🗨️ Antworten

Stefan Groß ([82.8368.17](#)) - vor 2 Tagen

Wie schon einmal gesagt, das Maß ist voll!! Diese linksgrünen Ideologen sowohl im Bundestag, als auch in den Bundesländern müssen endlich abgewählt werden. Die Zuwanderung aus Ländern wie Syrien und Afghanistan muß sich extakt auf Null reduzieren. Mit jeder weiteren Zuwanderung wird die Gefahrenlage beim islamistischen Terrorismus zusätzlich erhöht und de Facto werden aus diesen Ländern keine Fachkräfte kommen. Parallel dazu muß mit den Abschiebungen begonnen werden. Dazu sind notfalls auch Verhandlungen mit Präsident Assad und den Taliban in Afghanistan aufzunehmen. Es kann nicht sein dass der Schutz von Schwerstkriminellen Islamisten höher bemessen wird. als der Schutz unserer eigenen

Bevölkerung!!

👍 4 | 0 🗨️ Antworten

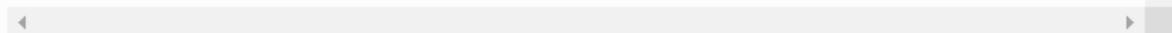


Kahl Wolfgang ([265.6570.159](#)) - vor 3 Tagen

wenn jetzt nach Mannheim aus der rotgrünen Blase nach bekanntem Wahlmodus heuchlerisch Abschiebungen nach Afghanistan veröffentlicht werden - gleichzeitig gefordert wird, mehr Ausländer aufzunehmen (verlogen: wegen Fachkräftemangel und Demographie), sind diese Hirngespinnste einfach nur krank. 1. kommen vorwiegend Analphabeten und ungebildete, die niemand braucht und nur auf unserer Tasche liegen, 2. werden die Risiken durch die Eingeschleuften immer höher, und 3. verlassen jedes Jahr

ca. bis 300.000 gut ausgebildete Menschen Deutschland, ebenso Unternehmen, die hier keine Zukunft

👍 8 | 0 🗨️ Antworten



Maria und Winfried Molitor ([115.8138.67](#)) - vor 3 Tagen

Diese Menschen sind keine Fachleute und belasten unser Sozialsystem bis zum baldigen Kollaps,

👍 10 | 0 🗨️ Antworten



Lieselotte Witter ([138.7896.68](#)) - vor 3 Tagen

Will die SPD wirklich das deutsche Volk austauschen? War das nicht der Houton Plan?

Ich dachte bisher, es handele sich um eine Verschwörungstheorie. Da habe ich mich wohl geirrt.

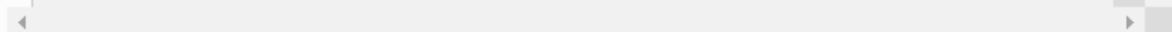
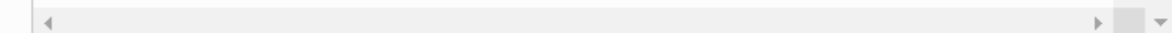
👍 14 | 0 🗨️ Antworten



ForYourEyesOnly ([1188.135.12182](#)) - vor 3 Tagen

Es scheint dieser Plan zu sein. Nun plant unsere Regierung offensichtlich im Jahr 2029 den Angriff auf Russland. Welche Bürger wird Deutschland denn dorthin schicken? Vermutlich den Rest an Bio-Deutschen. Dann gibt es gar keine Deutschen mehr in Deutschland.

👍 9 | 0 🗨️ Antworten



Serlio ([159.7673.2](#)) - vor 3 Tagen

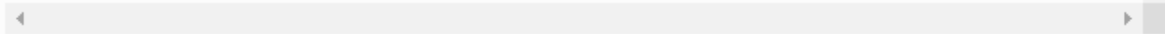
Es ist eine geradezu hinterhältige Migrationspolitik und wurde massiv inszeniert unter Angela Merkel

[]

Statt für Wohlstand und gesicherte Sozialsysteme zu sorgen, wurde eine unheilvolle Migrationsagenda durchgesetzt, und das Parteienkartell aus CDUSPDGrüneFDP hält inzwischen zusammen wie Pech und Schwefel, gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung.

Wir brauchen ganz, ganz dringend einen Politikwechsel!

👍 16 | 0 🗨️ Antworten



Paulus Hürland ([57.8516.3](#)) - vor 3 Tagen

Der ganze Fachkräftemangel wird sich in den nächsten 10 Jahren von selbst lösen. Bis dahin werden mehr als 50% der Verwaltungsberufe durch KI ersetzt und wir importieren wie jetzt schon nur Arbeitsunwillige bzw. Arbeitslose. Wenn die jetzt schon vorhandenen Migranten bzw. Sozialflüchtlinge vom Bürgergeld in Arbeit gebracht werden haben wir wahrscheinlich heute schon nicht genug Arbeitsplätze. Wir müssen erhebliche Anstrengungen unternehmen, dass nicht noch mehr deutsche Fachkräfte auswandern.

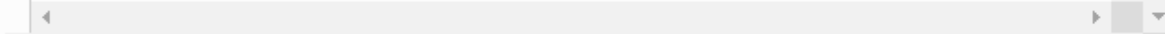
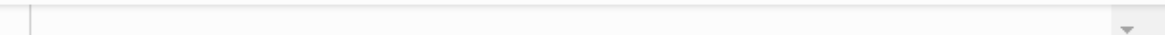
👍 7 | 0 🗨️ Antworten

Sigurd Kattner ([1126.1241.1450](#)) - vor 1 Tag

Das geht nur mit einem sofortigen Ampel-Aus.

EPOCH TIMES

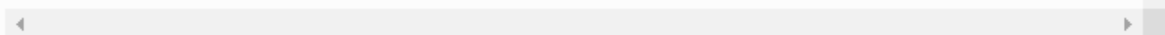
JETZT TEIL
KOSTENLOSER ZUGANG FÜR FREUN



Bolko Schuseil ([90.8311.36](#)) - vor 3 Tagen

Fachkräftemangel, Solidarität, positive Einstellung - wenn ich als Rentner mit fast 40 Jahren Steuerzahlungen (die mit der Rente nicht aufhören!) Flaschen sammeln muss, um über die Runden zu kommen und mir dann auch noch die bodenlose Frechheit "Babyboomer" anzuhören gezwungen bin, dann ist es mir unmöglich der WEF Aktivistin Frau Schulze und ihresgleichen verständnisvolle Gedanken entgegenzubringen. Sie sollten sich dafür einsetzen, denen einen Riegel vorzuschieben, die sich mit dem Transport der dann hier armselig gestrandeten dumm und dämlich verdienen - auch den beiden Amtskirchen, die die Werte des christlichen Abendlandes komplett verraten haben. Und sie sollten aufhören, Steuermilliarden in nicht nachvollziehbare "Werteprojekte" in aller Welt zu verschleudern. Aber DAS ist nicht ihr Ansinnen und wohl auch nicht ihr Auftrag, den von anderer Quelle als dem Souverän erhalten haben!

👍 11 | 0 🗨️ Antworten



Seite 1 von 5 | Weitere Kommentare zeigen ...

EPOCH TIMES

🔗 Help Center

👤 Abonnement

📁 Spenden

Ticker Sonderberichte Epoch Bücher

Über uns
Help Center
Abonnement
Cookies & Tracking

Impressum
RSS Feeds
Datenschutzerklärung

CHINA
Politik
Wirtschaft
Kultur

WIRTSCHAFT
Unternehmen
Finanz
Börse
Verbraucher

LIFESTYLE
Unterhaltung
Kulinaria
Wohnen

36 LÄNDER, 24 SPRACHEN

Englisch
Chinesisch
Französisch
Hebräisch
Italienisch
Koreanisch
Persisch

Bulgarisch
Deutsch
Griechisch
Indonesisch
Japanisch
Niederländisch
Polnisch

MEINUNG
Gastkommentar
Essay
Kommentar
Satire

GESUNDHEIT
Medizin
Fitness
Ratgeber

WISSEN
Gesellschaft
Forschung
Universum
Geschichte

POLITIK
Deutschland

FEUILLETON
Kultur

TECHNIK
Innovation

Portugiesisch
Russisch
Slowakisch
Tschechisch
Ukrainisch

Rumänisch
Schwedisch
Spanisch
Türkisch
Vietnamesisch

Ausland

Poesie & Musik
Bücher
Menschen

Digital

Copyright © 2000 - 2024 Epoch Times Europe GmbH